

Kanton Bern
Canton de Bern

Neue Zürcher Zeitung
8021 Zürich
044/ 258 11 11
<https://www.nzz.ch/>

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 84'518
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Seite: 16
Fläche: 66'729 mm²

Auftrag: 1077523
Themen-Nr.: 999.084

Referenz: 88342840
Ausschnitt Seite: 1/2

Stadt Bern will Kokainhandel legalisieren

Ein wissenschaftlich kontrollierter Pilotversuch könnte die Schweizer Drogenpolitik verändern



Kokainpulver ist die in der Schweiz am zweithäufigsten konsumierte illegale Droge.

ANNICK RAMP / NZZ

FABIAN VOGT

Sollen Drogen legalisiert werden? Die Frage beschäftigt Behörden, Politiker und Stammtische seit Jahrzehnten. Vergangene Woche hat der Berner Stadtrat dem Thema ein Kapitel hinzugefügt: Er hat ein Postulat der Alternativen Linken (AL) angenommen, das einen wissenschaftlichen Pilotversuch für den kontrollierten Verkauf von Kokain zum Ziel hat.

Eva Chen (AL) hat das Postulat im Rat durchgebracht. Sie sagt über ihre Motivation: «Ich will Drogen als Ganzes nicht verharmlosen. Aber die derzeitige Repressionsstrategie ist nicht zielführend.» Bestraft würden damit in ers-

ter Linie die Konsumenten und kleinen Dealer, und es gebe keine Möglichkeiten für Präventionsmassnahmen.

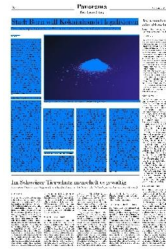
Der Vorschlag von Chen trifft den Zeitgeist. Der Bundesrat bilanzierte 2021, dass das Ziel, den Missbrauch von Betäubungsmitteln durch internationale Verbote und eine strikte Kontrolle zu verhindern, «deutlich verfehlt wurde». Er will stattdessen den Weg einer «evidenzbasierten und pragmatischen Drogenpolitik» fortfahren.

Lifestyle-Drogen ersetzen Heroin

Die Schweiz hat damit mehr Erfahrungen als die meisten anderen Länder. Der

Platzspitz und der Bahnhof Letten in Zürich wurden in den 1980er und 1990er Jahren zu offenen Drogenszenen und Orten des Elends. Mitten in einer der reichsten Städte der Welt tummelten sich täglich Hunderte Heroinsüchtige. Die Zahlen der Aids- und Drogentoten erreichten internationale Höchstwerte. Die Politik löste das Problem, indem Abgabestellen für Drogen, Programme für den Umtausch von Spritzen und andere Massnahmen eingeführt wurden. Die Heroinsüchtigen wurden von Kriminellen zu Patienten und sind seither aus den Köpfen und den Stadtbildern verschwunden.

Dafür werden unterdessen andere



Drogen vermehrt konsumiert. Cannabis, Kokain, LSD oder MDMA beschäftigen die Behörden seit Jahren. Die repressive Politik hat dabei kaum Erfolge gebracht und scheint ebenso verfehlt wie vor vierzig Jahren in Zürich, als die Drogensüchtigen von Verboten angelockt statt abgeschreckt wurden. Es braucht neue Ideen. Ideen wie die Anpassung des Betäubungsmittelgesetzes 2021. Neu sind Pilotversuche mit kontrollierter Abgabe von Cannabis zu «Genusszwecken» möglich.

Derzeit sind dazu in mehreren Schweizer Städten Projekte geplant. In Basel wird Cannabis seit Ende Januar an Testpersonen verabreicht. Das erste Zwischenfazit ist positiv: «Bisher haben die Abgaben von Cannabis zu keinen Polizeimeldungen oder schwerwiegenden Komplikationen geführt», sagt Regine Steinauer, Leiterin der Abteilung Sucht des Kantons Basel-Stadt. Das Projekt läuft bis Mitte 2025.

Das Postulat aus Bern sieht vor, dass auch Kokain im wissenschaftlichen Rahmen kontrolliert abgegeben werden könnte. Hinter Cannabis ist Kokain die meistkonsumierte illegale Droge der Schweiz. 2017 gaben in der Schweizerischen Gesundheitsbefragung 4,2 Prozent der Bevölkerung ab 15 Jahren an, mindestens einmal Kokain konsumiert zu haben. Seither hat der Bund auf Erhebungen verzichtet. Daten aus Abwasserleitungen und zunehmende Anfragen für Therapien lassen aber darauf schliessen, dass heute

mehr Kokain genommen wird denn je.

«Der Bund trat auf die Bremse»
Die Berner sind mit ihrem Anliegen nicht allein. Die Stadtzürcher FDP hatte vor gut zwei Jahren eine ähnliche Idee, die aber nicht auf grosse Zustimmung traf. Noch viel früher hatte der Zürcher Psychiater Gianni Zarotti nicht nur ähnliche Gedanken, sondern setzte sie auch um. Im Rahmen des Projekts «Lifeline» verteilte er 1994 Kokainzigaretten an Abhängige, um deren Wirkung, aber auch den Einfluss auf den illegalen Kokainkonsum zu untersuchen. Der Schlussbericht der Studie wurde dem Bundesamt für Gesundheit (BAG) zugestellt und liest sich positiv: «Vor dem Hintergrund unserer bisherigen Erfahrungen erachten wir die Abgabe aller medizinisch vertretbaren Substanzen (zu denen auch Cocain zählt), als sehr wesentlich.»

Zarotti nahm darum an, dass der Bund das Thema weiterverfolgen würde. Aber nichts passierte. Zarotti vermutet, dass das BAG nie wirklich Interesse an diesen Projekten gehabt habe. Beim Bund sei man «immer auf die Bremse gestanden». Zu gross sei die Angst vor einer Eskalation gewesen. Dabei hätten seine Experimente rasch Erfolge gebracht. Allerdings seien sie zu wenig breit abgestützt gewesen, um die Auswirkungen einer regulierten Abgabe effizient testen zu können, sagt Zarotti: «Wir haben nur Zigaretten abgegeben, mit Kokain in kleinen Dosen. Das muss viel breiter gefächert werden,

mit mehr Applikationsformen und unterschiedlichen Dosierungen.»

Das BAG widerspricht der Darstellung Zarottis, dass man damals auf die Bremse gestanden sei. Der Bund habe noch vor dem Kanton Zürich Versuche zur heroingestützten Behandlung unterstützt und unter Alt-Bundesrat Flavio Cotti die rechtlichen Grundlagen dazu in einer Notverordnung geschaffen. Warum die Studie von Zarotti damals eingestellt worden sei, wisse man nicht mehr.

Adrian Gschwend, Leiter Sektion Politische Grundlagen und Vollzug beim BAG, begrüsst grundsätzlich Vorstösse wie denjenigen aus der Stadt Bern. Pilotversuche wie in den 1990er Jahren mit Heroin oder gegenwärtig mit Cannabis seien ein Weg, die evidenzbasierte Drogenpolitik weiterzuentwickeln. Aber der richtige Umgang müsse für jede Droge separat gefunden werden: «Die Heroinkonsumenten hat man zuerst kriminalisiert. Danach wurden sie als Patienten betrachtet. Diese bei Heroin erfolgreiche medizinische Strategie ist bei Gelegenheitskonsumierenden von Cannabis oder Kokain nicht unbedingt richtig.»

Möglicherweise hilft das Berner Postulat nun, den richtigen Umgang mit Kokain zu finden. Die Berner Regierung wird einen Bericht verfassen, in dem Möglichkeiten und Probleme eines solchen Experiments eruiert werden. Wann dieser finalisiert werden wird, ist nicht bekannt.